



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/06/2006
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 24.10.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht der ARGE- Förderkonzept 2007
4. Masterplan Wohnen
Vorlage: 0762/2006
5. Ausweitung der Schuldner- und Insolvenzberatung - Bericht zur Entwicklung des Hilfebedarfs
Vorlage: 0749/2006
6. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 3 – Bericht der ARGE – heute entfalle. Der Bericht werde in der Novembersitzung nachgeholt.

2. Mitteilungen

Herr Steuber nimmt Bezug auf den Beschluss des Sozialausschusses vom 30.08.06, den Zuschuss an die AWO für die Reintegration Obdachloser übergangsweise für 1 Jahr weiterzuzahlen. Hierzu sei eine Vorlage für den Rat erstellt worden, die von der Stadtkämmerei so nicht mitgetragen worden sei. Es habe noch Beratungsbedarf gegeben, so dass die Angelegenheit noch in der Lenkungsgruppe Konsolidierung neu beraten werde. Der Ausschuss werde über die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden gehalten.

3. Bericht der ARGE- Förderkonzept 2007

Der Bericht wird auf die Novembersitzung verschoben.

4. Masterplan Wohnen Vorlage: 0762/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Korn erläutert die Vorlage.

Herr Meier zeigt sich erfreut darüber, dass der Masterplan Wohnen nunmehr auch im Sozialausschuss beraten würde. Die Ausschussmitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, denen er selbst auch angehöre, hätten dieses Projekt seinerzeit angestoßen, weil festgestellt worden sei, dass zwischen Verwal-



tung und Wohnungswirtschaft eine gewisse Sprachlosigkeit stattgefunden habe.

Die Stadt habe zusammen mit den Wohnungsbaugesellschaften ein Gutachterbüro beauftragt. Hierbei sei man zu neuen Ergebnissen gekommen. Die großen Wohnungsbaugesellschaften hätten ihre Bautätigkeit in der Vergangenheit eingeschränkt und sich auf Sanierungen konzentriert. Im Grunde hätten sie gegen die Empfehlungen gehandelt.

Eine Kernaussage in diesem Bereich sei für ihn, dass Neubautätigkeiten in speziellen Segmenten nach wie vor erforderlich seien. In den einzelnen Ortsteilen müsse man zusammen mit der Verwaltung überlegen, konkret auch über Abbrüche nachzudenken.

Er erhoffe sich aus diesem Gutachten Handlungskonzepte für die einzelnen Stadtteile.

Dass der Sozialausschuss hier mit einbezogen sei, halte er für absolut folgerichtig. Man müsse sich von dem Gedanken frei machen, das in dieser Stadt alles planerisch zu lösen sei. Man brauche den Flankenschutz vom Sozialausschuss und vom Jugendhilfeausschuss. Das Ganze sei ein Querschnittsthema. Er möchte einen erweiterten Beschlussvorschlag in Richtung Rat machen. Mit dieser Vorlage sollten sich alle Ratsmitglieder beschäftigen.

Auch unter dem Aspekt Demographie sei dieses Gutachten ein wichtiger Baustein.

Man wünsche sich als SPD-Fraktion, dass die Verwaltung auch ressortübergreifend in Arbeitsgruppen tätig werde, um dann stadtteilbezogen entsprechende Konzepte zu entwickeln.

Er formuliert den erweiterten Beschlussvorschlag.

Herr Röspel schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und ergänzt den Beschlussvorschlag. Er möchte die Akteure erweitern und schlägt vor, die Wohlfahrtsverbände mit zu nennen. Das Wort „auszuloten“ solle durch „aufzuzeigen“ ersetzt werden.

Herr Kirchhoff möchte einen weiteren Grund für die Beteiligung der Wohlfahrtsverbände nennen. In Hagen gebe es 12.000 Bedarfsgemeinschaften, die nach Hartz IV gefördert würden. Hier sei ein erheblicher Wohnungsbedarf notwendig für Menschen, die nur sehr eingeschränkt am großen Wohnungsmarkt teilhaben könnten. Er wünsche sich, dass die Wohlfahrtsverbände diesen Punkt nicht aus den Augen verlören.

Bezüglich der Kurzfassung der Vorlage fehle ihm der Aspekt der Infrastruktur. Die Vorteile, die Hagen biete, sollten herausgearbeitet werden. Dadurch könne versucht werden, die Abwanderungsbewegung zu stoppen. Außerdem sollten überlegt werden, wie die Modernisierungsmängel behoben werden könnten.

Frau Machatschek hebt den Aspekt des Gutachtens hervor, dass das Wohnumfeld eine ganz wichtige Rolle spiele.

Frau Buchholz wünscht sich bezüglich der Hartz IV – Empfänger, dass man überlege, welche Zielgruppen es gebe und welche man mit welchen Wohnsegmenten bedienen wolle. Es sei weiterhin eine soziale Aufgabe, das auf



breiter Ebene zu gestalten.

Herr Haensele möchte den Aspekt von Herr Röspel aufgreifen und fragen, ob wirklich alle die dabeiseien, die mit hinein gehörten. Hagen habe mit erheblich weniger Einwohnern zu rechnen. Diese Zahlen seien für die Quartiersplanung von großer Bedeutung. Die Aspekte „Wohnen, leben und arbeiten“ müsste unter dem Zeichen der familienfreundlichen Stadt beleuchtet werden.

Herr Kilic sieht einige Widersprüche in dem Gutachten. Wenn 12.000 Wohnungen in 2020 leerstünden und jedes Jahr eine hohe Anzahl neugebaut würden, welchen Wohnungsüberschuss werden es denn dann im Jahr 2020 geben? Er fragt, ob es eine Statistik darüber gebe, wieviele Altbauwohnungen von Migranten gekauft würden.

Frau Machatschek geht auf den Widerspruch der leerstehenden Wohnungen einerseits und der Notwendigkeit der Neubautätigkeit der Wohnungsbaugesellschaften ein.

Sie bittet Frau Korn um Erläuterung dieses scheinbaren Widerspruches.

Frau Korn erklärt, dass sich die Nachfrage ja nicht auf die Wohnungen richte, die jetzt leerstünden, sondern auf neue Wohnungen. Wenn Stadt und Wohnungsbaugesellschaften ein Konzept erarbeitet hätten, würde man auch mit privaten Eigentümern ins Gespräch kommen. Dann werde auch die Notwendigkeit klar werden, in welchen Bereichen man erst einmal an Abbruch von Wohnraum denken müsse.

Der von Herrn Kilic angesprochene Aspekt, statistisch zu erheben, wie Migranten mit dieser Problematik umgingen, sei ein Thema für die Zukunft.

Herr Kilic hält die angegebene Zahl der Menschen ,die nach Hagen zögen, für nicht realistisch. Der Bedarf sei seines Erachtens nicht vorhanden.

Frau Machatschek weist auf die gemachte Aussage hin, dass es ganz spezielle Wünsche von Menschen gebe in Bezug auf Wohnqualität, um in Hagen bleiben zu wollen.

Es müssten ganz neue Möglichkeiten des Wohnens für alle Bevölkerungsschichten geben.

Herr Meier berichtet, dass es zur Zeit 6000 Menschen gebe, die in Hagen arbeiteten, aber außerhalb wohnen. Wenn es uns gelänge, diese 6000 Menschen wieder nach Hagen zu holen, hätte man schon viel gewonnen.

Es seien unterschiedliche Interessenlagen von Mietern, Wohnbaugesellschaften und der Stadt vorhanden. Diese müssten unter einen Hut gebracht werden.

Abschließend liest Frau Machatschek den erweiterten Beschlussvorschlag vor und stellt diesen zur Abstimmung.



Beschluss:

Das von dem Bochumer Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung InWIS Forschung & Beratung GmbH erstellte Gutachten Masterplan Wohnen wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen und Akteuren der Wohlfahrtsverbände für die jeweiligen Quartiere Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Verwaltung berichtet im halbjährlichen Zeitraum.

Die Beratungsfolge der Vorlage wird um den Jugendhilfeausschuss und den Rat der Stadt Hagen erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. **Ausweitung der Schuldner- und Insolvenzberatung - Bericht zur Entwicklung des Hilfebedarfs**
Vorlage: 0749/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erinnert daran, dass der Ausschuss bereits im Jahr 2005 einen Beschluss dazu gefasst habe, dass die Situation hinsichtlich der Schuldner- und Insolvenzberatung in Hagen dadurch gekennzeichnet sei, dass es erhebliche Wartezeiten gebe. Die bestehenden Beratungsstellen beim Diakonischen Werk und bei der Stadt seien annähernd nicht in der Lage, die Bedarfe zu decken. Aufgrund des Beschlusses aus November 2005 sei eine Erweiterung vorgenommen worden für die bestehende Beratungsstelle beim Diakonischen Werk und die neu in Hagen etablierte Beratungsstelle der AWO. Bei der Stadt sollte laut Ratsbeschluss auch vorbehaltlich des Bedarfes eine weitere Stelle eingerichtet werden. Der Bedarf bestehe mehr und mehr. Dies sei auch bedingt durch die zunehmende Integrationsplanung der ARGE, die diesen Bedarf deutlich werden lasse.

Die Verwaltung schlage nun vor, die Stelle zum Stellenplan 2007 vorbehaltlich eines entsprechenden Ratsbeschlusses einzurichten.

Frau Machatschek erklärt, dass diese Thematik ausführlich in diesem Ausschuss beraten worden sei und es im Ausschuss keinen Widerspruch gebe zu dieser Vorlage. Angesichts der vorliegenden Zahlen sei es folgerichtig, bei dem damals gefassten Beschluss zu bleiben.

Auf einen Einwand von Herrn Brüggemann bezüglich möglicher Probleme hinsichtlich des Wortes „zusätzlich“ bestärken Frau Machatschek und Herr Mervelskemper den gefassten Beschluss. Es handele sich um eine Pflichtaufgabe



der Stadt.

Herr Link richtet die Frage an Herrn Steuber, ob diese Stelle richtig bewertet sei. Die Kosten seien niedriger angesetzt als bei DW und AWO.

Herr Stüwe erklärt, dass die Kosten, die in der Vorlage angegeben seien, seien die entsprechenden Personalkosten nach KGST-Tabellen für Beamte. Die Kosten lägen deutlich niedriger als bei Angestellten.

Herr Puder weist darauf hin, dass bei der Kostenberechnung für die Verbände auch Sachkosten und Verwaltungsgemeinkosten enthalten seien. Bei der Stadt sei die Berechnung anders. Das wolle er klarstellen.

Herr Steuber erläutert hierzu, dass die angegebenen Sachkosten in Höhe von 15.600 Euro basierten auf einer Erhebung, die die kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung seit 35 Jahren einmal jährlich fortschreibe. Dieser Wert habe sich bundesweit eingeschlichen in eine traditionelle Kalkulation der Kosten eines Büroarbeitsplatzes.

Frau Machatschek stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Bedarf für die Ausweitung der Kapazitäten der Schuldner- und Insolvenzberatung in Hagen wird bestätigt. Entsprechend dem Ratsbeschluss vom 11.05.2006 wird daher zum Stellenplan 2007 eine zusätzliche Stelle eingerichtet.
3. Die Maßnahme soll bis zum 01.04.2007 realisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.05 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Krause
Schriftführerin